

## AUSSPRACHE

## Jugend und Politik

Christian Götz befaßte sich in den GM 3/65 mit dem Verhältnis der heutigen Jugend zur Politik, wobei er sich auf wissenschaftliche Untersuchungsergebnisse von Prof. Jaide, Rektor der PH Hannover, stützte. Solche Analysen, wie sie der Beitrag von Christian Götz exemplifiziert, und die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, sind eine verantwortungsbewußte, konstruktive Mitarbeit an der Gestaltung unserer bundesrepublikanischen Gesellschaft.

Durch das Untersuchungsergebnis von Prof. Jaide wird das relativ geringe Interesse der Jugendgeneration an Staat und Politik deutlich. Auf diesem Gebiet sind nicht nur die Kenntnisse, sondern auch die Urteilsfähigkeiten minimal. Es scheint kaum Ansätze zu prinzipiellen politischen Überzeugungen oder politischen Grundsätzen zu geben. Schelsky<sup>1)</sup> erklärt die Vorliebe unter den Jugendlichen für politische Einparteiensysteme eben mit dieser Unfähigkeit, das komplizierte Gewebe der heutigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse zu durchschauen. Prof. Jaide kommt zu dem gleichen Ergebnis, wenn er für die „politische Reserviertheit“ der Jugend die „Undurchsichtigkeit“ unserer Gesellschaft anführt. Darauf reagieren die Jugendlichen, vor allem die mit geringerer Schulbildung, durch die Hinwendung zu einfacheren und übersichtlicheren Verhältnissen, wie sie in totalitären Systemen bestehen. In diesem Sinn muß die Forderung von Christian Götz nach Bemühung um „Durchsichtigkeit“ der Gesellschaft verstanden werden als notwendige Voraussetzung für den Bestand unserer Demokratie. Man kann die Jugend nicht — wie es leider heute vielfach geschieht — mit der „Pluralität der Gesellschaft“ abspesen. Denn hinter der kalt-schnäuzig wirkenden skeptischen Weltklugheit unserer Jugend — so Schelsky — steckt ein durchaus lebendiges Bedürfnis, das Substantielle und im normativen Sinn Verbindliche an den Dingen und den Menschen zu erkennen und ihm zu folgen, aber zugleich die tiefe Scheu, sich durch Phrasen, ja durch Worte überhaupt, täuschen zu lassen. Dieser von der Soziologie erkannten Einstellung unserer Jugend sollte man gerecht werden, indem man ihr nicht hohle Phrasen anbietet, sondern sie mit der politischen Wirklichkeit vertraut macht und ihr so ein staatsbürgerliches Fundament, frei von falschen Idealen und Erwartungen, schafft.

Ein bewußter antidemokratischer Affekt ist nirgends festzustellen. Freilich ist die Demo-

kratie mit ihren höheren Ansprüchen an Wissen, Mitdenken und Entscheiden den Jugendlichen — gewiß nicht ohne Ausnahmen, aber doch in der großen Mehrzahl — fremd geblieben. Das Bekenntnis zur Demokratie beruht keineswegs auf einer Einsicht in das Wesen der demokratischen Staatsform, sondern auf vagen Gefühlen und Meinungen. Man kann die heutige Jugend in der Mehrheit bestenfalls als „unpolitisch demokratisch“ kennzeichnen. Im übrigen — so behauptet Schelsky — ist bei ihr — durchaus im Sinne der amerikanischen Verhältnisse — die Verbraucherhaltung auch gegenüber der Politik deutlicher zu erkennen als bei der Erwachsenengeneration. Man läßt sich etwas bieten, ist gerade noch bereit, aus dem Angebot etwas auszuwählen, wenn man nicht schon seine Gewohnheiten hat, im übrigen entlastet man sich von jeder anstrengenden und spannungsreichen Aktivität, für die ja die Angebotsträger von Berufs wegen da sind. Es versteht sich, daß eine solche Haltung um so eher möglich ist, je stabiler die politischen Verhältnisse sind. Die politische Skepsis und Zurückhaltung der Erwachsenen, über die nun schon seit mehr als zehn Jahren erfolglos geklagt wird, findet bei der Jugend ein verstärktes Echo im sogenannten „Ohne-mich-Standpunkt“. Dieser soziologische Befund muß allen staatstragenden Verantwortlichen zu denken geben und sie zu einer neuen, der Wirklichkeit Rechnung tragenden Einstellung bewegen. Die Einstellung der *Gewerkschaften* hat Christian Götz in seinem Aufsatz klar und deutlich umrissen; sie zeitigt den Willen der Gewerkschaften, an der Gestaltung unserer demokratischen Gesellschaft mitzuwirken.

Wenn man das Thema „Jugend und Politik“ behandelt, ist es notwendig, die Haltung der Parteien hierzu festzustellen. So zitiere ich die betreffenden Stellen aus den Parteiprogrammen<sup>2)</sup> der im Bundestag vertretenen Parteien:

CDU (Hamburger Programm 1953): „Der Jugend, die vom nationalsozialistischen Staat schwer mißbraucht worden ist, muß jede Möglichkeit gegeben werden, den sozialen Rechtsstaat, um den wir uns bemühen, als ihren Staat zu empfinden und anzuerkennen.“

CSU (Aktionsprogramm 1954): „Die CSU fordert die Erziehung der Jugend zu Ehrfurcht vor Gott und seiner Schöpfung, zu Charakterstärke und selbständigem Denken. Soziale Gesinnung und Hilfsbereitschaft, staatsbürgerliches Verantwortungsgefühl und körperliche Leistungsfähigkeit sind zu wecken und zu pflegen.“

SPD (Godesberger Programm 1959): „Wenn man die Jugend frühzeitig und vertrauensvoll zur Mitwirkung und Mitverantwortung heranzieht, werden der Demokratie einsichtsvolle

1) Helmut Schelsky, Die skeptische Generation. Verlag E. Diederichs, Köln - Düsseldorf, 4. Auflage 1960.

2) „Die deutschen Parteiprogramme und das Bundeswahlgesetz“, Verlag Goldmann, Bd. 1564, 1965.

und willensstarke Staatsbürger heranwachsen . . . Die Jugend ist in den Schulen und Hochschulen gemeinsam im Geist gegenseitiger Achtung zur Freiheit, zur Selbständigkeit, zum sozialen Verantwortungsbewußtsein und für die Ideale der Demokratie und der Völkerverständigung zu erziehen, um in unserer an weltanschaulichen Überzeugungen und Wertordnungen vielgestaltigen Gesellschaft eine Gesinnung und Haltung des Verstehens, der Toleranz und der Hilfsbereitschaft zu erreichen. Dazu gehört, daß in den Lehrplänen aller Schulen staatsbürgerliche Erziehung angemessen berücksichtigt wird."

FDP (Berliner Programm 1957): „Wir halten den systematischen Ausbau des staatsbürgerlichen Unterrichts in den allgemeinbildenden Schulen, den Berufsschulen, auf den Hochschulen und Universitäten sowie im Rahmen der Erwachsenenbildung für unerlässlich, um so Sinn und Problem unserer Demokratie besonders an die jungen Menschen heranzutragen, sie mit ihnen vertraut zu machen und damit das Staatsbewußtsein zu wecken und zu stärken."

Daran erkennen wir, daß die Parteien mehr oder weniger klare Konzeptionen von dem „jungen Staatsbürger" haben; es soll dem einzelnen überlassen bleiben zu entscheiden, welche Formulierung den Erfordernissen der heutigen Situation am ehesten gerecht wird.

Insgesamt aber muß man auf die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis hinweisen, wie sie bei der Lektüre des Aufsatzes von Christian Götz so recht bewußt wird. Hier gilt es, den Parteien ins Gewissen zu reden und darauf hinzuweisen, daß sie nicht nur bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken haben, sondern darüber hinaus die moralische Verpflichtung haben, den jungen Staatsbürger mit den Spielregeln der demokratischen Politik vertraut zu machen, um somit die Voraussetzungen einer politischen Willensbildung im Sinne der Demokratie auch in Zukunft zu schaffen und zu gewährleisten. Wenn in der Jugend die staatsbürgerlich-demokratische Verantwortung geweckt und gestärkt ist, wenn sie in die Lage gebracht wird, unsere gesellschaftlichen und politischen Zusammenhänge zu durchschauen, ist sie der beste Garant für den Bestand und die Entwicklung unserer Demokratie.

Diethard Simmert, Münster

#### „Probleme einer Investivlohnregelung"

Alex-Bernd Stiller versucht (GM 3/1965), mit einer Handvoll Gleichungen zu klaren Vorstellungen über die mit dem Investivlohn verbundenen Probleme zu gelangen. Das ist dankenswert, wie überhaupt jeder Beitrag begrüßt werden muß, statt einer wortreichen Diskus-

sion vom Standpunkt des jeweiligen Interessenten aus zur leidenschaftslosen Betrachtung und damit Würdigung der Fakten vorzustoßen. Hat der Autor dieses Ziel erreicht? Ich fürchte: Nein! Seine Gleichungen führen zu keiner anderen Erkenntnis als der, daß bei gegebener Summe die Änderung eines Summanden zu einer ihr entsprechenden Änderung der anderen Summanden führt.

Wenn bei gegebenem, sich nicht änderndem Volkseinkommen die Arbeitnehmerinkommen wachsen, muß der Gewinn der Unternehmer im gleichen Ausmaß zurückgehen. So gesehen ist es zunächst belanglos, ob die Löhne voll konsumiert oder zu einem Teil gespart werden.

Der Aufsatz leidet unter der Fiktion, es gäbe eine statische Wirtschaft. Warum in einer statischen Wirtschaft plötzlich die kaufkräftige Nachfrage das Angebot übersteigen soll, ist aber nicht ersichtlich. In einer dynamischen Wirtschaft kann eine solche Situation zwei grundverschiedene Reaktionen auslösen: entweder den Entschluß der möglichen Käufer, die Nachfrage zu drosseln mit dem Ziel, eine Preiserhöhung zu vermeiden, oder aber die Bereitschaft, höhere Preise zu zahlen. Im ersten Fall bleibt der Unternehmergeinn unverändert, im zweiten Fall steigt er. Nur ein Entschluß der potentiellen Käufer, weniger Geld auszugeben als zuvor, würde zu einer Beeinträchtigung des Unternehmergeinnes führen.

Die entscheidende Überlegung ist offenbar nicht die Erwägung, ob es richtig ist, mehr zu sparen und weniger zu konsumieren, sondern ob nicht eine Erhöhung der Lohnquote dazu dienen soll, bei gleichbleibendem Konsumaufwand ein höheres Sparvolumen zu erreichen. Die Stillersche Formel führt demgegenüber nur zu der Überlegung, daß vermehrtes Sparen den Unternehmergeinn beeinträchtigt, aber auch den Arbeitnehmerkonsum. Das wäre zuwenig, um mit Überzeugung applaudieren zu können. Daß die Stillersche Formel etwas anderes aussagt, als der Verfasser meint, zeigt folgende Interpretation:

$$Q = C_u + I - S_{nu}$$

soll nach Stiller beweisen, „daß der Gewinn der Unternehmer durch das Sparen der Nicht-Unternehmer beeinflusst wird. Je mehr die Nichtunternehmer sparen, desto kleiner wird der Gewinn der Unternehmer".

Da aber

$$I = S_u + S_{nu}$$

ist, ergibt sich entweder

1. die Formel bestätigt nur, daß

$$Q = C_u + S_u;$$

$S_{nu}$  ist also ohne jeden Einfluß, oder

2.  $S_{nu}$  vergrößert sich über den ursprünglichen Wert hinaus, dann wäre die Folge dieser Erhöhung des Sparvolumens

- a) bei unveränderter Größe von L eine Erhöhung der Investitionssumme,
- b) bei einem Anwachsen von L und unverändertem Y eine Verringerung des Unternehmergewinns.

Der Unternehmergewinn wird *nach der Formel* also nur beeinflusst von einer Erhöhung der Lohnquote, nicht aber vom Sparvolumen der NichtUnternehmer.

*Erich F. W. Altwein, Bad Homburg*